

Westermärker Zeitung

Erzähler vom Westermärk

Hachenburger Tageblatt

Amtliches Kreisblatt für den Oberwestermärk
Marienberg Anzeiger

Druck und Verlag der Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg u. Hachenburg. — Begr. 1848
Fernsprech-Anschlüsse: Hachenburg Nr. 155, Marienberg Nr. 187. Telegramm-Adresse: Zeitung Hachenburg-Westermärk.

Anzeigen: Die 43 mm breite Millimeterzeile 25 Pfg., die 36 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung. Bei Anzeigen aus dem Oberwestermärk wird eine besondere Ermäßigung von 10% vom Nettobetrag gewährt.

148.

Mittwoch, den 7. Juli 1920.

72. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Juli.

Zur die Interpellation Ledebour (U.) über die Mar-
schalke-Zeitfreiwilligen erklärt

Reichswehrminister Gessler: Die Regierung lehnt eine
Interpellation im gegenwärtigen Augenblick ab, weil gegen
den Artikel Verfassung eingelegt ist und wir nicht in ein
solches Verfahren eingreifen wollen. Für die sofortige
Besprechung stimmen die Unabhängigen und die mei-
sten Sozialdemokraten, dagegen die übrigen Parteien.
Reichswehrminister Gessler: Darunter Abg. Dr. David,
welcher sich der Stimme. Im Himmelsprung wird
geklärt, daß die Besprechung der Interpellationen mit
gegen 142 Stimmen abgelehnt ist. (Lebhafte Psal-
men bei den Unabhängigen, Zurufe: Bürgerlicher Block!)

Eine Interpellation der Kommunisten über amtliche
und außeramtliche Organisationen zu Spieldiensten und
zum Zwecke der Provokation von Putzsch wird, wie
Reichswehrminister des Innern Koch mitteilt, in der vorge-
zeichneten Frist beantwortet werden.

Ein demokratischer Antrag betreffend Liquidierung der
Kriegsgesellschaften wird angenommen.

Artikel 34 der Verfassung gibt dem Reichstag das
Recht zur

Aufhebung von Untersuchungsausschüssen.
Ein Beschluß des Ältesten Ausschusses gemäß wird vor-
getragen, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Abg. Warmuth (D. N.): Wir lehnen eine Wie-
derherstellung des Untersuchungsausschusses ab.

Abg. Dr. Richter (D. N.): Ein abschließendes Urteil
über die Schuldfrage ist erst nach Öffnung der Archive
der beteiligten Mächte möglich.

Abg. Dr. Breitscheid (U.): Der Ausschuss arbeitet
schwerfällig und hat ungenügende Resultate. Infolge
der Zusammenfassung sehen in ihm meist. Vertreter der
Parteien, die in hohem Maße am Krieg und an den
unangenehmen Friedensmöglichkeiten schuld sind. Immer-
hin können wir der Wiedereinsetzung des Ausschusses
zu, da er manche wichtige Tatsache ans Licht gebracht hat
und die Behandlung der Materie drängt.

Abg. Frau Schuch (Soz.): Wir bitten den Unter-
suchungsausschuss wieder einzusetzen, zumal im Interesse
des Friedens, welches Deutschland in der Welt wieder-
herstellen muß, zweitens um der Wahrheit willen, auf
die nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Beteiligten
im Kriege ein heiliges Recht haben.

Abg. Heile (Dem.): Fast die ganze Presse hat die
Tatbestände des Untersuchungsausschusses lediglich zu einer
Emotion benutzt und herabgewürdigt. (Zustimmung
links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Wir werden für den Un-
tersuchungsausschuss stimmen.

Die Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses wird
gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deut-
schen Volkspartei beschlossen.

Es folgt die zweite Lesung des

Notenrats

nach den Ausschlußbeschlüssen ohne Erörterung ge-
billigt wird.

Als Zusatz des Reichs zu den Kosten der Empfänger-
kosten und Verteilung der

aus land. Liebesgaben

darin 13 Millionen angefordert.

Präsident Loh: Ich nehme die Gelegenheit wahr,
um im Namen der deutschen Volksvertretung und im
Namen aller Parteien des Reichstages ohne Unterschied
die hochherzige Hilfe und für die edle und menschen-
freundliche Unterstützung, die die Gesellschaft der Freunde
in Amerika und England, die Philantropen in Däne-
mark und Schweden, in der Schweiz und den übrigen
Ländern, wie auch die Deutschen Amerikas an unseren
Kriegsgenossen geleistet haben, unseren warmen und herzlichen
Dank zu sagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach den Beschlüssen des Ausschusses wird ein Woh-
nungs- und ein Bevölkerungsausschuss von je 28
Mitgliedern eingesetzt; ferner soll ein Ausschuss von 21
Mitgliedern eingesetzt werden, der unter Hinzuziehung
von Mitgliedern der Reichsregierung zu prüfen hat,
welche Reformen zum Zwecke der Vereinfachung in den
verschiedenen Verwaltungszweigen vorzunehmen sind.

Angenommen werden weitere zwei Entschlüsse, be-
treffend Reorganisation und Erhöhung von Gehältern von
Unterschiedsstellern und Beamten.

Gegen die Unabhängigen wird der Notetat in der drit-
ten Lesung angenommen.

Die Abg. Hermann Müller (Soz.) und Genossen
haben einen Gesetzentwurf über

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit
vorgelegt.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.): Es muß nicht nur
heißt: Weg mit der Militärjustiz, es muß heißen: Weg
mit der Reichswehr.

Abg. Warmuth (D. N.): Die Militärgerichte sind
eine Stütze von Recht und Ordnung.

Abg. Schöpplin (Soz.): Für die Anhänger der Mi-
litärgerichtsbarkeit ist ihre Beibehaltung nur ein Mittel
der Stabilisierung der früheren Zustände.

Abg. Zisch (D. N.): Die Abschaffung der Mi-
litärgerichtsbarkeit ist bedenklich. Die Militärgerichtsbar-
keit ist reformbedürftig und in der Tat auch t-
reits begonnen worden.

Abg. Volk (Ztr.): Wir hätten gegen die sofortige
Beratung des Gesetzentwurfes nichts einzuwenden, hoffen
aber, daß nach kurzer Regierungsberatung das Gesetz ver-
abschiedet werden kann.

Abg. Waldstein (Dem.): Wir werden mit allen
geschäftsmäßigen Mitteln dafür sorgen, daß das
Gesetz noch in dieser Session bestimmt verabschiedet wird.

Abg. Eminger (D. N.): Wir treten für den Ent-
wurf ein, der die letzte Entscheidung über die Mar-
schalke Studenten einem Schwurgericht überweisen würde.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Die Neuordnung der Justiz
wird mit Notwendigkeit zugleich zur Neuordnung der
ganzen Gesellschaft führen. (Sehr richtig bei den U. S.)

Justizminister Dr. Heine: Die deutschen Richter
haben bisher stets unbeirrt den Weg des Rechts inne
gehalten und werden das auch in Zukunft tun. (Leb-
hafter Beifall, Zischen und Lachen auf der äußersten
Linken.)

Vizepräsident Wittmann ruft den Abg. Dr. Rosen-
feld zur Ordnung wegen Beleidigung des Abg. Dr. Hei-
serich.

Der Entwurf wird einer Kommission von 21 Mit-
gliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Interpellationen.

Weltbühne.

Der Steuerabzug.

Berlin, 3. Juli. Im Steueraussschuß des Reichs-
tags kam es bei den Beratungen über den 10prozentigen
Lohn- und Gehaltsabzug heute zu keinem
Beschluß. Als Ergebnis der mehrstündigen Aussprache
kann die allgemeine Auffassung festgestellt werden, daß
von keiner Fraktion, mit Ausnahme der Unabhängigen,
die Aufhebung der Par. 45 ff. des Einkommensteuergesetzes
vertreten wird, dagegen die schablonenhafte Anwen-
dung gemildert werden soll. Es soll versucht werden,
durch Erhebung eines Pauschalbetrages in einer der
Steuerverpflichtung naheliegenden Höhe eine Erleichterung
des Abzuges zu versuchen, sodaß der feste Satz von
10 Prozent nicht unter allen Umständen festgehalten wer-
den braucht. Von Rednern des Zentrums, der Demok-
raten, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokra-
ten und der Bayerischen Volkspartei wurde dargelegt,
daß die Bevölkerung, auch die Arbeiterschaft von der
Notwendigkeit der Steuerleistungen über-
zeugt sei und keineswegs an Sabotage denke. Es wurde
Aufklärung gewünscht, auch in der Presse, über die
Steuerverhältnisse und über die Verwendung der Steuer-
einnahmen. Staatssekretär Möstle sagte eine Prü-
fung zu. Schließlich wurde ein Unterausschuß eingesetzt,
in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet.

Fehrenbach Präsidentschaftskandidat?

Karlsruhe 5. Juli. Zur Frage der Reichsprä-
sidentenwahl teilt der Badische Beobachter der gute Be-
ziehungen zum Reichskanzler Fehrenbach unterhält, mit,
daß für den Fall der endgültigen Ablehnung Eberts in
weiteren politischen Kreisen einschließlich der Sozialde-
mokratie der Gedanke einer Aufstellung des jetzigen
Reichskanzlers Fehrenbach als Kandidaten für
die Reichspräsidentschaft bereits erörtert worden
sei. Ob Fehrenbach freilich geneigt wäre, dieses Amt
anzunehmen, erscheine nicht fraglich.

Die Vorkonferenz in Brüssel.

tu. Brüssel, 4. Juli. Die Konferenz der franz.,
belgischen italienischen und englischen Minister erörterte
ausschließlich die Frage der deutschen Entschädigung. Es
wurde ein Abkommen auf folgender Grundlage erzielt:
Frankreich wird 52, England 22, Italien 10 Belgien 8,
Serbien 5 Prozent erhalten, der Rest gelangt an die
übrigen Mächte Rumänien, Portugal und Japan zur Ver-
teilung. Italien soll überdies Kompensationen wirt-
schaftlicher und finanzieller Natur erhalten.

Zusammenstoß mit Ententeoffizieren in Dresden.

tu. Dresden, 4. Juli. Vier uniformierte franz. und
ein englischer Soldat wurden von einem jungen Herrn
und einer Dame, die die Sammelbüchse für die Grenz-
spende in der Hand hielten, mit der höflichen Bitte
um einen Beitrag angesprochen, zweifellos infolge des
Nichterkennens der Uniform. Beide wurden von zwei
franz. Soldaten am Hals gepackt und mit wuch-
tigen Stößen so stark auf den Sträßendam geschleudert,
daß sie niederstürzten. Zahlreiche Passanten gerieten in
große Erregung und diese artete schließlich in eine regel-
rechte Schlägerei aus. Die Soldaten waren anschei-
nend betrunken. Ein englischer Offizier in Zivil machte der
Schlägerei ein Ende, indem er die fünf Soldaten in das
Hotel der Entente-Kommission führte. Eine sehr große
Menschenmenge folgte ihnen und forderte sehr ener-
gisch Bestrafung der franz. Soldaten. Das Hotel mußte
zeitweilig geschlossen werden, worauf sich die Menschen-
menge später zerstreute.

Die Ankunft in Spa.

tu. Spa, 5. Juli. Die Ankunft der deutschen Del-
gation in Spa verlief ohne Zwischenfall. Der Reichs-
kanzler wurde von dem Generalsekretär der Konferenz
Baquemin im Namen des belgischen Außenministers be-
grüßt. Fortgesetzt treffen weitere Delegationen ein. Ge-
meinsam mit den Vertretern der deutschen Presse kam
der Chef der englischen Delegation in Berlin General
Malcolm in Begleitung mehrerer Offiziere hier an. Bei
der heutigen ersten Besprechung der Staatsmänner wird
das Arbeitsprogramm der Konferenz festgelegt werden.

Hilfegesuch der Polen an die Brüsseler Entente-Konferenz.

tu. London, 5. Juli. Die Polen ersuchten die
Brüsseler Entente-Konferenz, Hilfe gegen die Bolsche-
wiken zu schicken. Die militärischen Delegierten befaßten
sich bereits mit dieser Frage. Frankreichs Vertreter
sprach sich für die Unterstützung der Polen gegen die
Bolschewiken aus damit diese nicht durch Galizien durch-
brechen könnten.

Kurze Nachrichten.

— Zwischen dem Reichskanzler und den Ministerpräsi-
denten sämtlicher deutscher Bundesstaaten fand eine Be-
sprechung statt über die föderative Ausgestal-
tung des Reichs.

— Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister des Au-
ßen Simons, Reichsfinanzminister Wirth, Reichswirt-
schaftsminister Scholz und Reichsernährungsminister Her-
mes sind mit ihren Beamten und dem Büropersonal
nach Spa abgefahren.

— Ein der Preussischen Landesversammlung zuge-
gangener Gesetzentwurf stellt 17 Millionen Mark zur Ver-
barmung von staatlichen Mooren in Han-
nover und Schleswig-Holstein zur Verfügung.

— Die preuss. Landesversammlung wird bis
zum 9. Juli Sitzungen abhalten und sich alsdann bis
Anfang September vertagen. Der Verfassungsausschuß
wird jedoch weiter tagen, um die erste Lesung des Ver-
fassungsentwurfes durchzubearbeiten.

— Der Reichspräsident hat den neu ernannten aro-
britanischen Botschafter Lord d'Abernon zur Ent-
scheidung seines Beurlaubungsansuchens empfangen.

— Der Unabhängige Liekina, der in der Ge-
heimhaltung der Münchener U. S. B. das Referat über
die Vorbereitungen zum Generalstreik erstattete, ist im
Auftrage der Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

— In verschiedenen Gegenden Bayerns wird das auf
dem Felde stehende Getreide von Ausländern zu
selbst in dieser Zeit ungewöhnlich hohen Preisen gekauft.

— In Wien wurde der Eisenbahnper-
sonenverkehr nach Ungarn auf Anordnung der Regierung
eingestellt. Als Grund werden Reibungen zwischen
Anhängern und Gegnern des Bonkotts gegen Ungarn
angegeben.

— Die zweite holl. Kammer hat die Vorlage über den 200 Millionen Gulden-Kredit an Deutschland angenommen.

— Auf Anfrage hat der Präsident der Wiedergutmachungskommission Dubois erklärt, daß nach seiner Meinung keine Erörterung mit den Deutschen stattfinden würde, sondern daß diese nur Vorschläge einzubringen hätten.

— Belgien will das Militärabkommen mit Frankreich nicht abschließen, wenn England sich von allen Verpflichtungen entziehen will. Eine Garantie von fünf Jahren, wie sie von England vorgeschlagen war, genügt Belgien nicht.

— Im englischen Parlament erklärte Bonar Law auf eine Anfrage, daß nur noch ein einziger deutscher Unterseebootkommandant zurückgehalten werde.

— Die poln. Offensive gegen Sowjetrußland ist nach anfängl. bemerkenswerten Erfolgen in d. Ukraine in einen völligen Rückschlag ausgelaufen, und heute sind selbst die Grenzen des eigentlichen Volens ernstlich bedroht.

— Die polnische Regierung hat angesichts der kritischen Lage einen obersten Rat der nationalen Verteidigung eingesetzt.

— Bei der ersten Abstimmung auf dem demokratischen Konvent in San Francisco erhielten Mc. Adoo 266, Palmer 254, Cox 134 Stimmen, bei der zweiten Abstimmung entfielen auf Mc. Adoo 289, Palmer 264, und Cox 159 Stimmen. Die übrigen Stimmen wurden zerplittert.

Heimatsdienst.

Hachenburg, 7. Juli.

— Größte Eile geboten! Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen findet am 11. dieses Monats statt. Eine gewaltige Zahl Abstimmungsberechtigter ist aus dem Reich in die Heimat zu befördern. Die großen Kosten dieses Transportes müssen von privater Seite aufgebracht werden. Von Mitgliedern beider Parlamente ist hierfür die „Grenz-Spende“ ins Leben gerufen worden, die eine wahre Volkspende sein muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Niemand darf sich ausschließen, auch die kleinsten Beiträge werden wertvolle Bausteine sein. Eine Annahmestelle befindet sich in der Geschäftsstelle unj. Zeitung, die über alle Eingänge öffentlich quittiert.

— Die Zwangspensionierung. Mit Bezug auf die Gerüchte über ein demnächst zu erlassendes Gesetz, wonach die preußischen Beamten nach Erreichung eines gewissen Lebensalters auch ohne ihr Ansuchen pensioniert werden können, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß der Entwurf eines solchen Gesetzes tatsächlich in Vorbereitung ist. Der Grund zu den beabsichtigten Maßnahmen liegt aber nicht auf politischem, sondern nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Es soll vor allem den aus den abgetretenen Gebieten zufließenden Beamten Platz für Betätigung geschaffen werden und in zweiter Linie die in einzelnen Ämtern tatsächlich bestehende Veralterung des Beamtenkörpers behoben werden. Als oberste Altersgrenze sind im allgemeinen 65 Jahre, für richterliche Beamte 68 Jahre in Aussicht genommen. Aber auch wenn diese Vorlage eingebracht werden sollte, — was durchaus nicht feststeht —, werde ihre Wirksamkeit erst am 1. Januar nächsten Jahres beginnen. Schon aus dieser Bestimmung geht unzweideutig hervor, daß v. einer zwangsweisen Abchiebung der politisch unbequemen alten Beamten durch die jetzige preußische Regierung keine Rede sein könne, denn am 1. Januar nächsten Jahres dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach schon eine andere dem Wahlergebnis entsprechende Regierung am Ruder sein.

Erene Liebe.

Kriminalroman von Erich Eberstein.

55

„Ich will nicht weisheitsvoll werden. Am Abend desselben Tages entriß ich seinen Händen den Revolver, als er ihn eben an die Schläfe setzen wollte. Er war dann völlig gebrochen und weinte wie ein kleines Kind. In dieser Stunde war zwischen uns das Verhältnis von Herr und Diener vergessen. Er hatte nie einen Freund besessen, damals erwiderte er mir die Ehre, mit mir zu sprechen, als wäre ich ein solcher.“
Der alte Diener seufzte tief auf und fuhr dann fort: „Ich blieb die ganze Nacht bei ihm. Am nächsten Tage war er wieder er selbst. Er wollte sich scheiden lassen und dann Frankreich für immer verlassen. Aber die Gräfin hatte inzwischen Zeit gehabt, ihre Lage zu bedenken. Sie liebte Veroy gewiß ebenso wie früher, aber wenn der Graf sie verließ, so war sie abermals dem Elend und der Mittellosigkeit preisgegeben, und diese wäre ihr jetzt, wo sie Liebesfluß genossen hatte, wohl unerträglich gewesen. Sie flehte also den Grafen kniefällig um Verzeihung an und gelobte, in alles zu willigen, wenn er sie nur nicht verließ. Ich habe schon bemerkt: Der Graf war Edelmann durch und durch. Er war keinen Augenblick im Zweifel über die Motive ihrer Reue, aber indem er ihr äußerlich verzieh, vernied er zugleich den Scheidungsprozeß, der seine Schande in alle Welt getragen hätte. So verzog er ihr unter gewissen Bedingungen, nachdem die Gräfin versprochen hatte, jeden Verkehr mit Herrn Veroy abzubrechen. Ob sie dies gehalten hat, weiß ich nicht. In Lasar war er bis auf die letzte Zeit nicht mehr. Er hatte früher Medizin studiert und soll nachher eine Zeitlang an der „Charité“ in Paris angestellt gewesen sein. Kurze Reisen nach Paris unternahm die Gräfin öfter, und einen sehr lebhaften Briefwechsel mit ihm unterhielt sie, wie ich erfuhr, die ganze Zeit hindurch. Mein Herr hat Lasar nie mehr betreten und keinerlei Verbindung mit der Gräfin gehabt. Sie bezog eine sehr anständige Rente aus der Herrschaft Lasar; die ihr auf Lebenszeit verbleiben sollte, im übrigen betrachtete der Graf sie als eine tote. Ich bin zu Ende.“

Der Vorsitzende blätterte kopfschüttelnd in den Akten.
„Diese Darstellung würde allerdings manchen bis her-

Der Postschekverkehr des Reichspostgebietes hat 1919 nach dem Geschäftsbericht einen Aufschwung genommen, der alle Erwartungen weit übertrifft. Die günstige Entwicklung ist namentlich durch die im Postschekwesen geschaffenen Vereinfachungen und Verbesserungen und durch das Abwandern von Beträgen aus dem Postanweisungs- und Wertbrief- in den Postschekverkehr anlässlich der Gebührenerhöhungen im Postverkehr wesentlich gefördert worden. Der Zugang an Postschekkunden hat im Monatsdurchschnitt 10 000 betragen, ihre Zahl ist von 257 813 Ende 1918 um rund 117 800 auf 375 612 Ende 1919 gestiegen. 60 vom Hundert der Postschekkunden sind gewerbliche Unternehmungen und Kaufleute. Der Gesamtumsatz betrug 1919 rund 206 Milliarden Mark, d. i. gegen das Vorjahr 74 Milliarden Mark oder 57 v. H. mehr. Bargeldlos wurden 163 Milliarden Mk. oder 79 v. H. des Gesamtumsatzes beglichen. Das Guthaben hat von 1,047 Milliarden Mark Ende 1918 auf 2,888 Milliarden Mk. Ende 1919, also um rund 1,840 Milliarden Mark zugenommen. Das durchschnittliche Guthaben eines Postschekkunden belief sich 1919 auf 5061 Mk. Die Gesamteinnahme der Reichskasse aus dem Postschekverkehr betrug 79 Millionen Mark, davon entfielen 14 Millionen auf die Gebühren und 62 Millionen auf die Zinsen.

Marienberg, 4. Juli. Heute fand im Saale des Gastwirts Dieck eine Versammlung der Bauernschaftsmitglieder des oberen Kreisteiles statt. Der Vorsitzende der Kreisbauernschaft, Herr Karl Laich-Hachenburg, führte zunächst Herrn Landwirtschaftslehrer Weil als landwirtschaftlichen Sachbeamten des Kreises in sein Amt ein. Sodann verbreitete sich Herr Weil in einem längeren, äußerst lehrreichen Vortrag über die nächsten Ziele seiner Arbeit. In seinen Ausführungen legte er dar, wie durch den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang der stolze Bau unseres Reiches zusammengestürzt sei und wir in eine Lage geraten seien, wie wir sie trüber gar nicht denken könnten. Das Fundament des neu zu errichteten Baues aber bilde die Landwirtschaft. Angesichts unseres geringen Marktwertes und unserer trostlosen Ernährungslage sei es unsere vornehmste Pflicht die landwirtschaftliche Produktion in ausgedehntestem Maße zu steigern, die Erzeugung der Lebensmittel nach Möglichkeit im Inlande zu besorgen. Als Grundbedingungen hierfür nannte er richtige Bodenbearbeitung, Verwendung guten Saatgutes und vernünftige Anwendung geeigneter Düngemittel, vor allem aber den guten Willen zur Anspannung aller Kräfte. In richtiger Beurteilung der Sachlage meinte der Redner damit die Anspannung und den Ausbau unserer geistigen Kräfte, mit anderen Worten, die Aneignung einer tiefgründigen umfassenden Fachbildung. Denn nur der Besitzer einer solchen sei im Stande, sich die Vervollkommnungen der landwirtschaftlichen Praxis, die Errungenschaften auf naturwissenschaftlichem Gebiete zu nutzen zu machen. Der Besitzer einer solchen Bildung sei daneben aber auch befähigt, Fragen von volkswirtschaftlicher Bedeutung zu erfassen und zu verstehen. Als praktische Lösung dieser einzelnen Fragen empfahl Redner den Anschluß an Saatbauvereine und die Errichtung von Saatbaustellen. Zur Ermittlung des Nährstoffwertes der einzelnen Pflanzenarten auf den verschiedenen Böden wies er auf die Ausführung von Düngungsversuchen hin. Zur Aneignung einer besseren Fachbildung wurde zunächst die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Erwägung gezogen. Die Einrichtung von Unterrichtskursen, an denen sich auch ältere Landwirte beteiligen, wurde aber schließlich für praktischer gefunden. Zu diesem Zweck wird der Kreis in kleinere Bezirke zerlegt. Die Landwirte eines solchen Bezirkes sollen zu den jeweiligen Vorträgen sich an einem zentral gelegenen Orte versammeln.

„dunklen Punkt im Wesen Gaston Lafardys erklären. Aber Herr Veroy hat uns ganz andere Mitteilung über diese Ehe gemacht. Er sprach von Untreue des Grafen.“

„Niemand hat mein Herr auch nur in Gedanken die Treue gebrochen!“ fiel Remy Bertot erregt ein. „Und was ich hier unter Eid ausgesagt habe, ist die reinste, lauterste Wahrheit, so wahr ich einst hoffen selig zu werden!“

„Nun, Herr Veroy, was haben Sie zu dieser Aussage Bertots zu bemerken?“

„Sehr wenig,“ antwortete Veroy, sich stolz erhebend und Bertot mit einem ebenso hochmütigen als verächtlichen Blick streifend. „Denn ich habe nichts anderes erwartet. Dieser Mensch war immer nur die unterwürfige Kreatur seines Brotergebers und beehrte meine arme Cousine stets mit seinem Opa. Jedes Wort, das er sprach, ist schändlich erlogen.“

Der alte Diener maß Veroy mit seltsam starrem Blick. „Ich habe noch etwas vergessen zur Kenntnis des hohen Gerichtshofes zu bringen,“ sagte er langsam, ohne den Blick von Veroy zu wenden: „Ehe mein Herr damals Lasar verließ, ließ er sich in Gegenwart eines Notars aus Rouen von der Gräfin ein Dokument ausstellen, worin sie freiwillig alle Bestimmungen des Ehevertrages als aufgehoben erklärte. Die lebenslänglich ausgelegte Rente war alles, was sie noch von ihrem Gatten zu fordern hatte. Man hat mir gesagt, Herr Veroy sei hier, um Erbschaftsprüfung seiner Cousine geltend zu machen. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie seinerzeit mein Herr jenes Dokument an den Ehevertrag befestigte. Wie kommt es, daß man es Herrn Veroy nicht vorwirft? Es muß sich im Nachlaß des Grafen befunden haben, wohin ist es gekommen?“

Eine große Unruhe, die nach diesen Worten durch die Reihen der Geschworenen ging, pflanzte sich ins Publikum weiter. Vergebens suchte der Vorsitzende Ruhe zu schaffen durch wiederholt gegebene Stillschweigen. Das aufgeregte Summen im Saal wuchs, anstatt sich zu legen.

Nur Veroy stand hochaufrichtig da, blaß, aber anscheinend ruhig wie ein Fels im brandenden Meere da und ließ den Blick verächtlich über die Menge gleiten.

Eben wollte der Präsident mit der Räumung des Saales drohen, als ein unerwartetes Ereignis den Gang der Verhandlung unterbrach.

In der nachher einfliegenden Aussprache zeigte wie sehr Redner in den einzelnen Punkten des Urteils gettoffen hatte und welches weites Feld sich hier zu betätigung auftut. Möge Herr Weil es verstanden haben, selbst in der richtigen Weise zu befehlen.

Ludwigbach, 5. Juli. Eine freudige Kunde erreichte letzten Samstag, unseren Ort: ein Sohn Ludwigs, ein Teilnehmer des Weltkrieges, der fast 5 Jahre russischer Gefangenschaft schmachtete, kehrt nach Hause zurück. Der der Heimat Wiedergekehrte Bergmann Eduard Röder, der bei Kriegsausbruch im ersten Jahre beim Infanterie-Regt. Nr. 80 in der Schlacht teilnahm. Später dem Regt.-Inf.-Regt. 254 zugeteilt, kämpfte er in Rußland mit und wurde am 2. September 1915 während der Schlacht an der russischen Gefangenenlager verbracht und schrieb von dort regelmäßig an seine Angehörigen bis zum Februar. Von da ab traf keinerlei Nachricht mehr von ihm ein und die schlimmsten Befürchtungen mußten sich im Geiste hegen werden. Am Samstag teilte ein Uebergangslager Stettin seine Rückkehr mit und als man glaubte, telefonierte er von Limburg aus, er gestern abend bereits in Hachenburg eintreffend. ga...ze Dorfjugend holte den lange Vermissten am Bahnhof ab, und geleitete ihn zum teuren Elternhause, konnte der Heimkehrer nur in die treuen Arme geschlossen werden, da sein Vater im Frühjahr und die Hoffnung auf ein Wiedersehen des Sohns ins Grab nahm. Welch herzliches Willkommen! Heimkehrer von jedem dargebracht wurde, ganz am besten aus der festlichen Ausschmückung unter festes hervor.

Limburg, 3. Juli. Schwurgericht. Dienstag Strafsache gegen den Händler Karl Pfeiffer von Rod wegen schwerer Urkundenfälschung und trug verhandelt. Im Herbst 1919 besaß sich der geklagte mit mehreren anderen Personen mit dem Kauf von Waren im besetzten Gebiet, um sie im besetzten Gebiet zu verkaufen. Er erfuhr, daß der Schneider von Meudt bei dem Metzger Joh. J. Städt Ziaaretten und 28 Unterholzen hatte. Er kam zunächst zu Schneider und verhandelte mit ihm über Verkauf dieser Gegenstände. Da er sie unbedingt kaufen wollte, ließ er sich von Schneider eine Bescheinigung ausstellen, daß er die Sachen bei Herz käufte. Der Angeklagte schrieb einen neuen Zettel, welchem Herz ersucht wird, die Sachen dem Angeklagten auszuhandeln. Diesen übergab er Herz, dem gegen er sich Müller nannte, worauf dieser ihm die Sachen händigte. Als am folgenden Morgen Schneider bei erschien entdeckte er den Betrug und wurde auf selben Tage bei dem Angeklagten Hausdurchsuchung und die Sachen vorgefunden. Sie wurden beschlagnahmt und dem Bürgermeister in Alpenrod zur Aufbewahrung übergeben. Der Angeklagte gab darauf zwei Zeugen von Montabaur aus auf, eines an sich selbst, einen Bürgermeister, worin dieser aufgefördert wurde, die Sachen dem Angeklagten auszuhandeln. Der Bürgermeister lehnte die Herausgabe ab und verlangte die weisung der Staatsanwaltschaft Neuwied. Nach einer Woche erschien der Angeklagte wieder bei dem Bürgermeister, übergab ein Schreiben, worin Schneider den Strafantrag zurücknimmt und unter demselben Bescheinigung, daß dem Pfeiffer die Sachen ausgehändigt worden sollten. Diesmal fiel der Bürgermeister bei der Bescheinigung zum Opfer und händigte die Sachen aus. Der geklagte ist heute geständig. Die Geschworenen, die Schuldfrage billigten dem Angeklagten aber keine Umstände zu. Das Gericht erkannte auf fünf

26. Kapitel.

Mit raschen Schritten kam eine schwarzgekleidete Frau auf den Richtertisch zu und stellte sich neben Remy Bertot, während sie langsam den Schleier zurückschlug, der ihr blühtes, leichenblaßes Gesicht bedeckte hatte.

Die glühenden roten Leuchten zwei über große Augen aus dem weißen Antlitz und richteten sich in starrer Bitterkeit auf Veroy, der plötzlich, wie vom Blitz getroffen, zurückschaltete.

„Jeanne!“

Im Saale war es jäh totenstill geworden und alle Augen ruhten in atemloser Erregung auf der Dame, die zuvor als von der Verteidigung vorgeladene Jeanne Lafardy Personalien abgegeben hatte und nun wieder ohne Begleitung im Saal erschienen war. Das also war die Jeanne Lafardy, von der man soeben zwei einander widersprechende Geschichten gehört hatte! Sie aber merkte nichts von der Sensation, welche ihr Kommen erregte. In starrer Starre bohrte sich ihr Blick in Veroy's verführerisches Gesicht, während sie langsam nickend sagte: „Ja, Jeanne Lafardy, deren Leben Du vergiftet hast und die Du nun, gräuelhaft, einer andern opfern willst, weil Jugend und Schönheit Dir lockender erschienen als ihre gramverblühte Jugend! Jeanne Lafardy, deren Liebe Du lohntest durch Eid und Lüge! Jeanne Lafardy, die ahnungslos und getaunelt wäre in den Abgrund Deiner Verbrechen Gottes barmherzige Hand ihr nicht im letzten Augenblick die Binde von den verblendeten Augen gerissen hätte!“

Und ehe Veroy in seiner maßlosen Bestürzung das Wort der Abwehr hervorbringen konnte, wandte sich die Frau an die Richter.

„Sie haben gehört, meine Herren, wer ich bin. Meine Munde dieses alten Mannes,“ sie wies auf Bertot, „die Geschichte meiner Schmach vernommen, die ich, arme, rige Heidin derselben, Ihnen hiermit in allen Einzelheiten bestätige. Aber wie fluchbeladen Ihnen auch eine solche Schein mag, die Pflicht und Ehre vermag, die eines edlen Mannes, wie es mein Gatte war, vernichten so bitte ich doch, zu glauben, daß ich nicht so tief gelassen an den Verbrechen dieses Mannes teil gehabt zu haben.“

...den Wochen Gefängnis und rechnete dem Angeklagten die volle Untersuchungshaft an. Er wurde aus der Haft entlassen.

Mittwoch hatten sich die Holzhauer Becker, Wilhelm und Franz Guckelsberger, sämtlich von Hausen, wegen Widerstands gegen einen Forstbeamten und Körperverletzung desselben zu verantworten. Der Förster Bogenberg hatte festgestellt, daß die Gruppe Holzhauer, die die Angeklagten angehörten, nicht nur Abfallholz der die Angeklagten getragen, um es mit nach Hause zu nehmen, sondern auch Klotterholz zerlegt hatten, um es mit dem Abfall mit nach Hause zu nehmen. Als der Förster dieses Vergehen feststellte, wollte, damit die Angeklagten es bezahlen, daß sie den Boden zu werfen. Die Mitangeklagten sollen hierbei Hilfe geleistet haben. Dem Förster wurde der Widerstand gegen die Tasche vom Leibe gerissen. Die Geschworenen sahen der Sache die Schuldfrage bezüglich der Angeklagten an. Becker und Ben und billigten ihnen mildernde Umstände zu. Becker erhielt vier Monate, Ben 5 Wochen Gefängnis. Guckelsberger wird freigesprochen.

Freitag, 2. Juli. Während der Predigt am Sonntag in der hiesigen Kirche gerieten sich drei Einwohner, die an den eintägigen Tagen vor den Gerichtshöfen gestanden hatten in die Haare und schlugen aufeinander ein. Die Predigt mußte eine zeitlang unterbrochen werden. Die drei Kampfhähne standen bisher im Geruch außerordentlicher Frömmigkeit.

Freitag, 30. Juni. Schwurgericht. Der Streckenarbeiter Thon von Kleinmünden war wegen Notzucht (Par. 177, 176 Nr. 1) angeklagt. Urteil: sieben Monate Gefängnis.

Freitag, 3. Juli. Die Strafkammer verhandelte in öffentlicher Sitzung gegen die Fabrikanten Karl und Adolf Philipp aus Wiesbaden. Die Affäre ist von früher her bekannt. Ein Bruder der Angeklagten, der Betriebsbaumeister a. D. Hauptmann Heinz Philipp wurde seiner Zeit vom Kriegsgericht in Mainz wegen Beleidigung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Karl und Adolf Philipp wurden vom Landgericht Wiesbaden von der Anklage des Preiswuchers und der Bestechung freigesprochen. Das Reichsgericht hatte das Urteil, insofern die Bestechung wegen Preisüberforderung eingetreten war aufgehoben und die Sache ans Landgericht Frankfurt verwiesen. Der Staatsanwalt beantragte je 10.000 M. Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinnes von 1,5 Millionen Mark. Die Verteidiger plaidierten auf Freisprechung. Das Gericht fällt nach mehrstündiger Beratung das Urteil. Die Angeklagten Rudolf und Karl Philipp wurden wegen Vergehens gegen Par. 5 der Preistreibeverordnung vom 23. Juli 1915 zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der übermäßige Gewinn in Höhe von 1.460.443 Mark wird eingezogen. Die Angeklagten hatten schon früher der Heeresverwaltung im Vergleichsweg zwei Millionen Mark zurückgelassen. Nach der Urteilsverkündung erkundigte sich einer der Angeklagten beim Vorsitzenden, ob sie trotz der Rückzahlung von zwei Millionen auch noch die 1,5 Millionen eingezogen werden sollten, zahlen müßten, worauf der Vorsitzende erklärte: das Gesetz gestattet nicht, diese Zahlungen zu berücksichtigen.

Grenzspende für die Volksabstimmung.

Herr S. Metzger Hachenburg	10 Mk.
Am einem gemütlichen Abend bei Karpinski	46 Mk.
E. Henrich, Borob	5 Mk.
H. Wiltberger, Hachenburg	5 Mk.
Herr Amelung, Hachenburg	5 Mk.
Insgesamt	342,40 Mk.

Weitere Gaben nimmt gern entgegen

Westerwälder Zeitung.

Verantwortlicher Schriftleiter:

Richard Grünrowsky, Hachenburg.

Ämtliches.

Kreisshaushaltsetat

des Oberverwaltungsbezirks für das Rechnungsjahr 1920.

Bezeichnung der Titel

Mk.

A) Einnahmen.

1. Einnahmen aus dem Vorjahre	9112,43
2. Einnahmen aus dem Kreisvermögen	3000,—
3. Einnahmen aus gemeinnützigen Einrichtungen und Anstalten des Kreises	3230,—
4. Dem Kreise überwiesene Gebühren	34.000,—
5. Verkehrsanlagen	6720,58
6. Aus Staats- und Provinzialfonds	157.935,—
7. Kreisabgaben	4000,—
8. Außerordentliche Armenpflege	322.500,99
9. Sonstige Einnahmen	540.499,—
Summa der Einnahmen	540.499,—

B) Ausgaben.

1. Kosten der Vermögensverwaltung	2100,—
2. Kosten der Kreisverwaltung	329.792,—
3. Verzinsung u. Tilg. der Kreisschulden	18.737,18
4. Ausgaben für sanitätspoliz. Zwecke	7200,—
5. Ausgaben für Verkehrsanlagen	44.000,—
6. Ausgaben für gemein. u. wohlh. Zwecke	290.900,—
7. Leistungen an die Provinz u. d. Bezirksverb.	13.439,—
8. Kosten der außerordentlichen Armenpflege	12.000,—
9. Sonstige Ausgaben	8331,82
Summa der Ausgaben	726.500,—

Abschluß

Es betragen die Einnahmen	540.499,— M.
Es betragen die Ausgaben	726.500,— M.
Mithin Mehrausgabe	186.001,— M.

Vorsteher der von dem Kreistage am 16. Juni 1920 genehmigter Kreisshaushaltsetat für 1920 wird hiermit in Gemäßheit des Par. 84 Abs. 1 der Kreisordnung veröffentlicht.

Marienberg, 28. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. J. B.: Sahm.

Abschrift.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. 1 A. 3. G. 13493. Berlin W., den 2. Juni 1920

Ausführungsbestimmungen zum Preussischen Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz.

Mit Rücksicht auf die weitere Wertsteigerung der Viehbestände wird in Abänderung meines Erlasses vom 29. August 1919 — 1. A. 3. g. 11412 — die Befugnis des Kreistierarztes zur allgemeinen Schätzung bei Zustimmung des Besitzers nach Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen zum Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz vom 12. April 1912 auf alle Fälle ausgedehnt, in denen die Schätzungssumme für die gleichzeitig zu schätzenden Tiere eines Besitzers 5000 Mk. nicht übersteigt.

In den Fällen zu 2 des Paragraph 16 der Ausführungsbestimmungen kann in Zukunft der beamtete Tierarzt die Schätzung allein vornehmen, wenn die Schätzungssumme für die gleichzeitig zu entschädigenden Tiere eines Besitzers nicht mehr als 3000 Mark beträgt.

J. A. gez.: Dr. Hellrich.

J. Nr. 2. 1280. Marienberg, den 26. Juni 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Vorstehende Verfügung wird zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung mitgeteilt.

Der Landrat. J. B.: Jacobs.

Abschrift.

Der Oberpräsident

Nr. 6886. Kassel, den 12. Mai 1920.

Zum II. Bericht vom 5. d. Mts. — 1. 11 A. 1274 —

Die Aufbesserung der Alters- und Invalidenrenten ist Sache der zuständigen Zentralbehörden bzw. der gesetzgebenden Organe und bekanntlich im Werke. Dagegen werden die Aufsichtsbehörden der Armenverbände dafür zu sorgen haben, daß in den Fällen, wo die Renten neben dem übrigen Einkommen nicht ausreichen, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, Anträge auf Ausgleichsunterstützungen angemessene Berücksichtigung finden.

In entsprechender Weise erlaube ich ergebnis das anbei zurückfolgende Gesuch zu behandeln.

J. B.: gez. Dnes.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Tab. R. A. Nr. 6012. Marienberg, den 29. Juni 1920.

Wird veröffentlicht.

Der Landrat. J. B.: Sahm.

Abschrift.

Zur Dienstamtwweisung, betr. örtliche Schulaufsicht. (Ämtl. Schulblatt vom 1. 2. 1920.)

In der obengenannten Dienstamtwweisung Paragraph 4, Nr. 2, tritt nach Min.-Erlaß vom 11. Mai 1920 folgende Änderung bei dem dritten Satz ein: Bei Schulen mit 2 Lehrkräften kann in dringenden Fällen sich jede Lehrkraft im Benehmen mit der anderen auf einen Tag beurlauben. Bei mangelnder Einigung ist die Urlaubserteilung bei dem Kreisschulinspektor zu beantragen.

Wiesbaden, den 29. Mai 1920.

Regierung, Abteilung für Kirchen u. Schulwesen.

Tab. Nr. R. A. 6500. Marienberg, den 29. Juni 1920

Wird veröffentlicht.

Der Landrat. J. B.: Sahm.

Tab. R. A. Nr. 5097. Marienberg, den 21. Juni 1920.

Die Herren Bürgermeister des Kreises erlaube ich, mir innerhalb 8 Tagen bestimmt eine Nachweisung über die in ihrer Gemeinde vorhandenen jugendpflegetreibenden Vereine nach dem nachstehenden Verzeichnis vorzulegen. Der Termin ist pünktlich einzuhalten. Fehlanzeige ist zu erstatten.

Der Landrat: Ulrich.

Nachweisung.

der Jugendpflege treibenden Vereine in der Gemeinde...

Nr.	Name des Vereins	Des Vorsitzenden Name	Stand	Bemerkungen
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				

Marienberg, 24. Juni 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betr. Ausstellung von Gewerbelegitimationskarten. Soweit der Ankauf von öffentlich bewirtschafteten Lebensmitteln in Frage kommt, dürfen Gewerbelegitimationskarten nicht ausgestellt werden.

Der Landrat: Ulrich.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hiermit auf Grund des Paragraph 1 b der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 25. Dezember 1911 (R. G. Bl. 1912, S. 3.) für den ganzen Kreis folgendes bestimmt:

§ 1.

Der Handel mit Klauenvieh der ohne vorherige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, ist untersagt. Für Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Aufsuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführung von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

§ 2.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnungen unterliegen den Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes (Paragraphen 74 bis 77) vom 26. Juni 1909.

Marienberg, den 3. Juli 1920.

Der Landrat. J. B.: Jacobs.

Tab. Nr. R. W. Marienberg, den 21. Juni 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich habe Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß der gesamte Schriftverkehr mit dem Kreiswohlfahrtsamt seitens der Herren Bürgermeister stets über den Bezirkswohlfahrtsausschuß hierher zu geleiten ist, sofern nicht ausdrücklich unmittelbare Rückgabe gefordert wird. Obwohl wir in unserem Rundschreiben vom 16. 3. 1920 die Herren Bürgermeister darum gebeten haben, werden trotzdem Schriftstücke fast ausnahmslos direkt hierher eingesandt, sodaß in vielen Fällen Verzögerungen nicht zu vermeiden waren. Im Interesse einer schnellen Erledigung der Anträge ersuchen wir dringend, die Anweisung für die Folge zu beachten. Nur auf dem Gebiete der Familienunterstützung, Erwerbslosenfürsorge und des Arbeitsnachweises kann der Verkehr unmittelbar mit dem Wohlfahrtsamt erfolgen.

Der Vorsitzende des Kreiswohlfahrtsamtes. J. B.: Sahm.

Marienberg, 25. Juni 1920

Bekanntmachung.

Der Kreisausschuß beabsichtigt, die dem Kreise gehörende Düngerstreumaschine zu verkaufen. Die Maschine steht in Büschen und kann dort besichtigt werden. Gemeinden, welche eventuell beabsichtigen, diese Maschine zu kaufen, ersuche ich, dies nach hier mitzuteilen. Der Kreisbauinspektor wird auf Wunsch die Maschine vorzeigen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. J. B.: Sahm.

Tab. Nr. 1 b. 2685. Dillenburg, den 21. Juni 1920.

Unter den Viehbeständen der Gemeinden Arborn, Rodenberg, Rodenbach und Heisterberg ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden. Orts- und Gemarkungssperre ist angeordnet worden.

Der stellv. Landrat.

J. Nr. 2. Marienberg, 3. Juli 1920.

Nachdem nunmehr unter dem Viehbestand des Bäckereimeisters Jerger Werg die Maul- u. Klauenseuche ausgebrochen ist, wird über die Gemeinde Marienberg die Ortssperre verhängt.

Der Landrat. J. B.: Jacobs.

Bekanntmachungen d. Stadt Hachenburg

Am Sonntag, den 11. Juli d. Js., sind die Geschäfte von 11—1 Uhr vormittags geöffnet.

Hachenburg, den 5. Juli 1920.

Der Bürgermeister.

Laut Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ist die Polizeistunde für den Wirtschaftsbetrieb in Hachenburg bis zum 15. September ds. Js., auf 11 Uhr abends festgesetzt. Ich bitte die Polizeistunde genau innehalten zu wollen.

Hachenburg, den 5. Juli 1920.

Der Bürgermeister.

Sämtliche Kartoffelerzeuger mit einer Betriebsgröße von 2 Hekt. Land und mehr werden hierdurch aufgefordert am Donnerstag, den 8. ds. Mts., von vormittags 8½ bis 12 Uhr persönlich auf dem hiesigen Bürgermeisteramt (Verwaltungsbüro) zu erscheinen, um daselbst Angaben bezgl. der Kartoffelanbaufläche zu machen. Als Betriebsgröße kommt die gesamte landwirtschaftliche als Acker, Wiese oder Weide genutzte Fläche in Frage.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß das Nichterscheinen von Kartoffelerzeugern recht unangenehme Folgen nach sich zieht.

Hachenburg, den 5. Juli 1920.

Der Bürgermeister.

Am Donnerstag, den 8. Juli ds. Js. nachmittags 2 Uhr werden auf dem hiesigen Schulhofe die in der städt. Verkaufsstelle lagernden Kisten, Fässer pp. öffentlich meistbietend versteigert.

Hachenburg, 6. Juli 1920.

Der Bürgermeister.

Anzeigen.

Männer-Gesangverein Wied.

Große Tanzbelustigung am Sonntag, den 11. Juli, im Saale des Herrn Gastwirt Bell zu Wied. Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein: Der Vorstand.

